

Dringlichkeitsantrag

des Klubobmanns Dominik Oberhofer und Landtagsabgeordneten Andreas Leitgeb betreffend:

Saubere Politik

Ausweitung der Prüfrechte des Landesrechnungshofs und Festlegung Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert dem Landesrechnungshof weitere umfassende Prüfrechte einzuräumen. Diese Prüfrechte sollen die Angaben der Parteien hinsichtlich ihrer Rechenschaftsberichte überprüfen können. Zudem sollen Möglichkeiten geschaffen werden Sanktionen bei Verstößen zu verhängen.“

Zuweisungsvorschlag:

Im Falle der Nichtzuerkennung der Dringlichkeit möge dieser Antrag gem. §27 Abs. 3 GO-LT dem Ausschuss für **Rechts-, Gemeinde- und Raumordnung** sowie dem Finanzausschuss zugewiesen werden.

Begründung

Seit Jahren wird vermutet, dass Österreich ein Problem mit illegaler Parteienfinanzierung und der Querfinanzierung über Vereine hat. Vorfälle in der Vergangenheit haben die Notwendigkeit von strikteren Regelungen aufgezeigt.

Derzeit werden Rechenschaftsberichte der Parteien durch Wirtschaftsprüfer geprüft. Vereine und Vorfeldorganisationen sind nur unzureichend abgebildet. Diese laschen Prüfungsmöglichkeiten sind ein Nährboden für Intransparenz und bieten Potential für Umgehungsmöglichkeiten. Die Kompetenzerweiterung des Landes-

rechnungshofs ist unumgänglich für die Schaffung einer sauberen Politik. Für eine bessere Überprüfung und Kontrolle muss der Landesrechnungshof dazu befähigt werden, Angaben der Parteien zu ihren Finanzen in den Rechenschaftsberichten zu überprüfen, sowie die Verhängung von Sanktionen bei Verstößen sicherzustellen.

Nur durch strikte Überprüfungen können Lücken von Misstrauen, verursacht durch illegale Spenden, beseitigt werden und mögliche Umgehungsversuche verhindert werden. Der Landesrechnungshof soll künftig auch Landtagsklubs und Parteiakademien prüfen dürfen und illegale Parteifinanzierungen sollen strafrechtlich verfolgt werden.

Die **Dringlichkeit** wird aufgrund der politischen Krise auf Bundesebene und der anstehenden Neuwahlen des Nationalrates im Herbst dieses Jahres begründet. Nur durch mutige und nachhaltige Maßnahmen im System kann das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewonnen werden.



Innsbruck, am 27. Juni 2019